

plus

📅 Samstag, 17.07.2021 - 06:00 🕒 4 min

FWG Schmitten übt heftige Kritik

Einen "fragwürdigen neuen Politikstil" der Koalition aus CDU/b-now/Grüne und Bürgermeisterin Julia Krügers (CDU) hat die FWG Schmitten nach ihrer Klausurtagung kritisiert.

Von **Kurt Hoeppe**



Sehen sich für die Legislaturperiode gut aufgestellt: Mitglieder der FWG-Fraktion in Schmitten mit ihrem Vorsitzenden Rainer Löw (oben rechts) während der Klausurtagung in der Ferienstätte Dorfweil. Foto: Hoeppe

SCHMITTEN - Nein, Opposition ist für die FWG kein "Mist". Im Gegenteil: "Wir führen in dieser Legislaturperiode ein wichtiges Mandat", betonte Fraktionschef Rainer Löw nach der ganztägigen Klausurtagung der Freien Wähler von Schmitten in der Ferienstätte in Dorfweil. Im Rahmen einer Pressekonferenz, an der auch die neuen Fraktionsmitglieder Katja Bausch, Dieter Schöpp und Hans Kurdum teilnahmen, bezeichnete Löw seine neunköpfige Truppe als guten Mix aus erfahrenen und jungen Leuten, die nach wie vor ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürgerschaft habe. Nach dem Ende der Koalition mit der CDU arbeite die FWG in dieser Legislaturperiode besonders eng mit den drei Gemeindevertretern von SPD und FDP zusammen.

Überhaupt: Wenn es um die Sache gehe, verschließe man sich keiner Kooperation, "das haben wir immer so gehalten", so Löw.

Glasfaser-Probleme

Doch der nach der jüngsten Wahl praktizierte Politikstil, so die Erfahrungen aus den ersten Sitzungen, könne der FWG nicht gefallen, sei überheblich, ignorant und anders als CDU, b-now und Grüne versprochen hätten, alles andere als transparent. So würden bedeutsame Informationen nicht an die Gemeindevertretung weitergegeben, mehrfach sei die Beratung wichtiger Themen in den Fachausschüssen verhindert worden. "Eigentlich ohne Not, und man fragt sich einfach nur, warum?", so Löw. So auch im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau: Die neue Koalition habe den Vertrag mit der Deutschen Glasfaser sozusagen "mit der Brechstange" bereits in der konstituierenden Sitzung durchgesetzt und sei auch in der jüngsten Sitzung nicht dazu bereit gewesen, im Ausschuss noch einmal darüber zu sprechen. Selbst der Vorsitzende des Haupt-Finanz- und Digital-Ausschusses Prof. Dusemond von der b-now halte das nicht für nötig. Dass offene Fragen auch nach Vertragsabschluss geklärt werden könnten, habe die Stadt Usingen vorgemacht.

In Schmitten gebe es im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau zahlreiche Probleme, die nicht gelöst seien, betonte Hans Kurdum: In Hunoldstal sei kein Anschluss für einen Metallbaubetrieb vorgesehen, Teile des Reifenberger Weges seien vom Anschluss wegen "Unwirtschaftlichkeit" ausgeschlossen, auch die Hegewiese oder der ganze Ort Seelenberg stehe auf der Kippe. Die CDU habe behauptet, es gebe keine anderen Anbieter; Weilmünster habe gezeigt, dass es auch anders gehe, und nach der Offerte der Deutschen Glasfaser einem weiteren Angebot der Deutschen Gigasetz den Zuschlag gegeben - mit besonderen Vorteilen für die Bürger. Kurdum fragt sich, warum die CDU Schmitten mit "Zeitdruck" argumentiert habe, denn: "Seit dem Vertragsabschluss ist nichts mehr passiert."

Auch bei der Frage der jüngst diskutierten Verkehrskonzepte sieht die FWG ein unkoordiniertes und intransparentes Vorgehen: Statt über Tempo 60 auf längeren Straßenabschnitten außerorts zu reden, wäre es wichtiger gewesen, die Verkehrssicherheit an den wirklich gefährlichen Ecken in der Gemeinde anzugehen. Nicht nachvollziehbar sei das Vorgehen des Gemeindevorstandes bei der geplanten Vergabe eines Auftrages für die Errichtung einer Schrankenanlage auf dem Feldbergplateau an ein Webdesign-Unternehmen; erst nach langer Diskussion seien die Hintergrundinformationen in die Gemeindevertretung gelangt. Löw: "Solche Vorlagen dürfen nicht aus dem Gemeindevorstand in die - vertretung gegeben werden."

Kita-Neubau

Noch deutlicher werde der fragwürdige neue Politikstil bei der Finanzierung der Vorplanung des Kita-Neubaues der accadis Bildung GmbH. Löw: "Das war eine Farce!" Man könne doch in der Gemeindevertretung nicht über die Freigabe der finanziellen Mittel für die Stufen drei und vier beschließen, ohne sich zuvor über die korrekte Abwicklung von Stufe eins und zwei überzeugt zu haben. Seiner Ansicht nach bemerkenswert: Die Karsten Ratzke (CDU) habe in der Gemeindevertreterversammlung sowohl beim Schrankenkonzept als auch bei accadis nachgebessert - "weswegen man das mal lobend erwähnen muss." Allerdings sei die Umsetzung des accadis-Projekts fraglich, da das Projekt auf Fördermittel angewiesen sei, die nicht in Sicht seien. Um so wichtiger: der Ausbau in den vorhandenen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund nach Meinung der FWG ein unmöglicher Vorgang: Die Bürgermeisterin habe ein wichtiges Schreiben der Montessorischule mit einem Angebot zum weiteren Ausbau der Betreuungsplätze nicht weitergereicht, obwohl es auch an die Gemeindevertretung gerichtet war.

Zuständigkeits-Wirrwarr

Breiten Raum in der Klausurtagung nahm die Diskussion über den von Trockenheit und Borkenkäfer geschädigten Gemeindewald ein. "Es wird noch lange Zeit brauchen, bis sich der Wald erholt hat", so Löw. Nach den Regenfällen der letzten Monate lasse sich immerhin die Naturverjüngung gut an; es wachse und sprieße im Forst. In der Verwaltung räche sich freilich derzeit die Tatsache, dass die Verlagerung eines Teils der Zuständigkeit für den Gemeindewald vom Gemeindevorstand in die -vertretung nicht in den Fachausschüssen vorbereitet worden sei. "Wir wissen oft nicht, was unter die sogenannte laufende Verwaltung fällt uns was nicht. Das muss dann in Sondersitzungen geklärt werden", bedauert Löw. Eine Satzungsänderung von solcher Tragweite hätte seiner Überzeugung nach unbedingt beraten werden müssen.

Nachdem er sich verwundert über die Auffassung der CDU äußerte, die FWG habe in Problematik von Starkregen und Überschwemmungen "Aktionismus" entfaltet (der UA berichtete gestern), griff Löw in der Pressekonferenz ein aus seiner Sicht weiteres Beispiel von "neuer Intransparenz" auf: die Umwidmung des Jugendraumes am Freibad. "Der wurde dem angrenzenden Bistro zur Verfügung gestellt, und das ohne einen entsprechenden Beschluss." Die FWG wolle schon wissen, warum diese Entscheidung getroffen worden sei, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass "wir in Schmitten eine junge Generation haben, die händeringend einen Raum für sich sucht." Weitere Themen in der Klausurtagung der FWG waren der ÖPNV, die Gemeindefinanzen, die Gebührenstruktur, die Trinkwasserversorgung und die Gründung eines FWG-Jugendverbandes. (Bericht folgt)